

Kapitel 36

Termosfassade, zum Verständnis einer neuen energieeinsparenden Fassadentechnik.

Die EnEV, ein Politikum.

Dass die EnEV ein Politikum ist, steht für mich fest. Aber wo anfangen, wie ist das zu begründen? Ich versuche es einmal:

1) Größenordnungen.

Der Bundesverband WDV, Baden – Baden berichtet mit nicht geringem Stolz, dass durch die Mitglieder seines Verbandes jährlich etwa 50.000.000 m² Fassadenflächen mit Wärmedämmverbundsystemen (WDVS) ausgerüstet werden. Selbst wenn man bezüglich der Kosten an den unteren Rand geht und dabei vernachlässigt, dass aus konstruktiven Gründen fast immer auch die Fenster, die Fensterbleche und die Fensterbänke ausgetauscht werden müssen, ist ein WDVS nicht unter € 75,--/m² zu haben. Also haben wir da einen jährlichen Baustellenumsatz von etwa

€ 3.750.000.000,--.

Bei der derzeitigen Staatsquote von etwa 55% bedeutet das ein Zufluss in die Staatskasse von

€ 2.062.500.000,--

Hinzu kommen die Einnahmen aus der Umsatzsteuer von

€ 712.500.000,--.

Alles in allem fließen also in den Staatssäckel € 2,775 Milliarden. Da lacht also der Bundesfinanzminister freudig erregt und hat natürlich jedes Interesse daran, dass das so bleiben wird.

2) Wer zahlt das?

Etwa 80% der WDVS – Kosten entstehen bei vermieteten Mehrfamilienhäusern, die energetisch sanierungsbedürftig sind, überwiegend dem seinerzeit öffentlich geförderten Wohnungsbau zuzuschreiben sind, bei dem aber inzwischen die laufende Förderung zu Ende gegangen ist. Die Vermieter, meistens Wohnungsgesellschaften im Eigentum der Gemeinden und Landkreise erklären die WDVS zur „Wohnwertverbesserung“, was rechtlich völlig in Ordnung ist, mit der Folge, dass sie 11% der Kosten jährlich auf die Mieten draufsatteln.

Jährlich werden also 11% aus den Kosten mit € 490.875.000,-- Mieterhöhungen durchgeführt. Geht man davon aus, dass der Fassadenanteil einer Wohnung in einem Mehrfamilienhaus mit 75 m² angesetzt wird,

sind jährlich von dieser Mieterhöhung 667.000 Wohnungen betroffen. Im Durchschnitt beträgt somit die Mieterhöhung jährlich € 736,--.

Nebenher wird dabei auch noch flott verdient, da die Wohnungsgesellschaften selbst dann, wenn sie die KfW – Förderung nicht in Anspruch nehmen und alles über Bankdarlehen finanzieren, höchstens einen Zinssatz von derzeit 4% zahlen müssen, aber 11% einnehmen, der Zinsvorteil liegt also bei 7%, also insgesamt bei

€ 312.375.000,--.

Vergessen wir nicht:

Diese Beträge kommen jedes Jahr neu hinzu und ein Ende ist nicht abzusehen. Die Mieter sind also zu Melkkühen geworden. Das Ganze hat unübersehbar parasitäre Züge.

Man erinnert sich noch an die Zeiten, zu denen der Staat die Bereitstellung von preiswertem Wohnraum zu einem vordringlichen Staatsziel gemacht hatte. In der Verfassung von Berlin steht das sogar ausdrücklich drin und berechtigt den Bürger zur Selbsthilfe, wenn die Kommune dieses Ziel nicht erreicht. Daher stützten sich seinerzeit die Hausbesetzer in Berlin auf die Verfassung und niemand traute sich – auch unter der Führung der CDU nicht – das von einem Gericht überprüfen zu lassen.

Davon sind wir inzwischen weit entfernt.

3) Wo bleibt der Nutzen?

Nun könnte man ja sagen, dass ein WDVS so erheblich den Heizenergieverbrauch senken würde, dass die höhere Mietbelastung „spielend“ durch eingesparte Heizkosten ausgeglichen würde. Mit dieser Begründung hat man ja früher die Zustimmung der Mieter zur Wohnwertverbesserung ergattert¹. Es hat sich aber gezeigt, dass die Senkungen der Heizkosten nicht eingetreten sind. Die Wohnungsgesellschaften haben das auf die Unvernunft der Mieter geschoben, die unvernünftig lüften würden und ausserdem viel zu viel Warmwasser verbrauchen würden. Einmal in der Woche duschen müsste doch auch reichen. Das war schon recht listig, dass man den Warmwasserverbrauch den Beheizungskosten zugeschlagen hat, obwohl er damit überhaupt nichts zu tun hat. Schon 1999 war das Ergebnis der GEWOS – Studie bekannt, wonach WDVS zu einer Erhöhung des Heizenergieverbrauchs von 17% führen. Da wurden zwar von der Wissenschaft einige Verrenkungen durchgeführt, die belegen sollten, dass das garnicht sein könne – vor allem deshalb nicht, weil das gemessene Ergebnis mit den neuesten Berechnungsverfahren nicht vereinbar sei. Auf die Idee, dass da möglicherweise die Berechnungsverfahren nicht richtig seien, ist man sicherlich zwar gekommen – weil so dumm kann ein professoraler Bauphysiker

¹ Da nach kurzer Zeit sich bei den Mietern herumgesprachen hatte, dass die Aussendämmungen überhaupt keine Heizkostensenkungen bewirken würden und sie daher die Zustimmung verweigerten, hat man dann kurzerhand verordnet, dass die Zustimmung der Mieter entbehrlich sei.

ja wirklich nicht sein - , aber dann wäre ja die ganze bisher geleistete Vorarbeit zur im Werden begriffenen EnEV ja für die Katz und der eigene Ruf im Eimer gewesen. Das wollte man natürlich nicht haben.

Später – 2002 - kam dann die EnEV endlich heraus. Die Urheber – damit kein Unglück geschähe – kommentierten sie gleich vorsichtshalber selber. Da standen dann so bemerkenswerte Sätze wie:

„Die vorgeschriebenen Berechnungsverfahren sind weit davon entfernt, zuverlässige Verbrauchsberechnungen zu liefern sondern bestenfalls würden sie „Anhaltspunkte“ abgeben². Also dürfen nun auch die Statiker fehlerhafte Berechnungen abliefern, wenn sie wenigstens „Anhaltspunkte“ dafür abgeben, dass das Gebäude vielleicht nicht einstürzen wird. In Köln scheint das ja schon Praxis geworden zu sein.

Da wurde urplötzlich – als das Kind schon in den Brunnen gefallen war – zugegeben, dass die „klimatischen Randbedingungen“³ und das „Nutzerverhalten“ nicht berücksichtigt seien. Der Vorwurf, dass der Fehler der vorgeschriebenen EnEV – Berechnungen mit $\pm 49\%$ anzusetzen sei, ist bis heute unwidersprochen.

Ich erlaube mir hierzu die Bemerkung:

Eine von Ingenieuren durchzuführende Berechnung mit einem dermaßen großen Fehler staatlicherseits zu verordnen, Verstöße dagegen auch noch mit saftigen Bußgeldern zu belegen, ist eine Unverschämtheit und zeigt eine Arroganz des Staates gegenüber seinen Bürgern, die nur schwer zu übertreffen ist.

Eine derartige Berechnung ist selbstverständlich – mir fällt da nur ein bayerischer Ausdruck ein – ein Riesenschmarren.

Der Leser wird nun natürlich fragen: „Sind die da oben eigentlich völlig verrückt geworden?“. Es steht mir nicht zu, den Geisteszustand unserer Obrigkeit zu kommentieren. Stehe ich vor derartigen Rätseln, gehe ich immer – meistens recht erfolgreich – auf die Suche nach den Nutznießern. Die Frage lautet also: „Cui bono?“

Und da wird man auch fündig. Da gibt es einen Riesenkonzern, die Badischen Anilin & Soda Fabriken, die besser mit ihrem Kürzel BASF bekannt sind, die nahezu das Monopol beim Grundstoff für Schaumdämmstoffe haben. Das sind auch ganz tüchtige Lobbyisten. Ich kann mich auch beim besten Willen nie richtig davon freimachen, über die Nachbarschaft von Ludwigshafen zu Oggersheim zu sinnieren und über

² So z.B. Prof.Dr.-Ing. Gerd Hauser in seinem kritischen Kommentar zur GEWOS – Studie 1999 in der DBZ und Prof.Dr.-Ing. Erich Cziesielski in der „Einführung in die Energieeinsparverordnung 2002“, Ernst & Sohn Verlag, 2002.

³ Da frage ich mich doch ganz naiv, warum man, wenn man die Bedeutung der „klimatischen Randbedingungen“ kannte, diese nicht in die Berechnungen mit einbezogen hat. War das etwa untunlich?

die überaus freundschaftlichen Gefühle eines Oggersheimers der BASF gegenüber, bei der er schon als Student gejobbt hat. Und da ist mir auch aufgefallen, dass einschlägig beschäftigte Ministerialbeamte als Referenten bei Werbeveranstaltungen der Dämmindustrie auftreten. Darf ich da wirklich immer noch nicht Schlechtes denken? Kann der Staat von mir verlangen, dass ich nur Gutes über ihn denke?

Man könnte nun zu der Auffassung kommen, dass das alles garnicht so schlimm sei. Das ist doch schon immer so gewesen. Das „Bischen“ Beziehungswirtschaft, die „kleinen“ Korruptionen, die Besprechungen hinter verschlossenen Türen, die kalkulierbare Dummheit der Bundestagsabgeordneten, gehören doch zu einem System, das doch ansonsten ganz gut funktioniert. Jedenfalls besser als das sozialistische System in Weißrussland. Wir können doch ganz zufrieden sein. Und was gibt es da für einen Sturm der Entrüstung, wenn da Guido Westerwelle die „spät-römische Dekadenz“ heraufziehen sieht.? Also mit Verlaub: Bellen da eigentlich nicht getroffene Hunde? Genau das waren doch auch die Zustände im späten alten Rom, dessen elendes Finis wir doch gelernt haben. Ein Staat geht immer zugrunde – gottseidank muss man ja sogar sagen - wenn er zum Selbstzweck wird und sich wie ein parasitärer Schleimpilz übers Volk legt.

Wir haben also ein Politikum, daran ist nicht zu deuteln.

Was können wir nun aber tun?

4) Was können wir tun?

Die EnEV ist nur ein winziger Bestandteil unseres Systems. Allerdings halte ich ihr Zustandekommen für symptomatisch für ein aus den Fugen geratenes Staatswesen, das seine eigene Aufgabe verloren hat. Wir können nun keine Revolution inszenieren. Den Deutschen – die ich für revolutionsunfähig halte – die einen ganz banalen und vorhersehbaren Staatsbankrott zur „friedlichen Revolution“ mangels Eindrucksvollerem hochstilisiert haben, traue ich das beim besten Willen nicht zu. Wir können aber in unserem ganz kleinen und bescheidenen Rahmen doch etwas bewirken.

Lesen Sie noch einmal das Kapitel 34 unter diesem Gesichtspunkt. Da wird gezeigt, dass die U-Wert- Berechnungen aus zwei wichtigen Gründen falsch sind:

- Grund 1: Stationäre Berechnungsweise.
- Grund 2: Vernachlässigung der Wärmekapazität in Außenwänden.

Selbst meinen hartnäckigsten Gegnern ist da nichts mehr dazu eingefallen. Zähneknirschend müssen sie eingestehen, dass das stimmt, was ich da geschrieben habe.

Und da geht es weiß Gott nicht nur um ein unwesentliches Detail. Da geht es schlicht darum, dass die gesamte EnEV auf nachweisbar falschen physikalischen Grundlagen aufbaut. Die EnEV ist also im Ganzen falsch.

Ich alleine bin zu schwach und zu einflusslos, um da viel bewegen zu können. Da aber meine Aufsätze von vielen Fachleuten gelesen werden, kann ich nur hoffen, dass sie meine Ideen aufgreifen, verbessern und vertiefen und dafür werben. Da kann schon ein Gespräch mit einem Baubeamten oder dem zuständigen Abgeordneten etwas bewirken. Auch da höhlt steter Tropfen den Stein. Lassen Sie es also tropfen.